



Gesetzentwurf

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und den Abgeordneten des SSW

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein und Änderung der Kreisordnung für Schleswig-Holstein

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein

Die Gemeindeordnung in der Fassung vom 28. Februar 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 57), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. März 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 371), wird wie folgt geändert:

1. § 46 Absatz 9 Satz 4 wird gestrichen.

2. § 76 Absatz 4 Satz 3 wird wie folgt geändert:

„Über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen, die über bloße Sachspenden im Wert von 50 Euro hinausgehen, entscheidet die Gemeindevertretung.“

Artikel 2

Änderung der Kreisordnung für Schleswig-Holstein

Die Kreisordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Februar 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 94), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. März 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 371), wird wie folgt geändert:

§ 41 Absatz 9 Satz 4 wird gestrichen.

Artikel 3

Inkrafttreten

Das Gesetz tritt einen Tag nach Verkündung in Kraft.

Kai Dolgner
und Fraktion

Ines Strehlau
und Fraktion

Dr. Heiner Garg
und Fraktion

Lars Harms
und die Abgeordneten des SSW

Begründung:

Die Änderung der Gemeinde- und Kreisordnung, die einen Ausschluss von Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern und Kreistagsfraktionärinnen und Kreistagsfraktionären bei einem Teil der nicht-öffentlichen Sitzungen festlegt, hat sich nicht bewährt. Sie ist auch überflüssig, weil sowohl GemeindevertreterInnen als auch Mitglieder des Kreistages zur Verschwiegenheit verpflichtet sind.

Zudem muss eine Bagatellgrenze für die Annahme und Vermittlung von Sachspenden eingeführt werden, um Kleinspenden, z.B. für Kindergartenfeste, von der Zustimmungspflicht der Gemeindevertretung auszunehmen. Damit wird in einem nicht korruptionsrelevanten Bereich die Arbeit der Gemeindevertretung unnötig erschwert sowie das gesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürgern verhindert.